



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



## DR. h.c. TYLL NECKER

Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

### PERSPEKTIVEN DER WELTWIRTSCHAFT

DONNERSTAG, 7. MAI 1987



Lieber Herr Professor Stödter!  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister!  
Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Herzlichen Dank für Ihre Einladung. Es ist mir Ehre und Freude zugleich, heute Ihrem Kreise angehören und zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Herr Stödter, Sie haben vorhin den Großen Kurfürsten zitiert, der gesagt hat – wenn ich es richtig verstanden habe –, Kommerz, Seefahrt und Handlung seien die gewisstenen Quellen des Reichtums. Wenn ich in aller Bescheidenheit da auch noch die Industrie anführen darf, liegt das vielleicht an meiner Funktion. Und Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, haben geäußert, eine Talkshow reiche natürlich nicht, um alle Gedanken auszutauschen. Dem kann ich wirklich nur zustimmen, zumal Sie ja meist auf „Sendung“ und weniger auf das Empfangen geschaltet waren. Aber das mag ein Problem sein, das ich heute abend nicht habe, weil ich hier Herrscher des Mikrofons bin und Ihnen gegenüber von dort her einen gewissen Vorteil habe.

Ich hatte schon vor jener Talkshow gesagt: Ich werde Sie zu rühmen wissen, falls ich zu Worte komme!, das war aber leider das Problem. Wenn der Übersee-Club zu einem Übersee-Tag einlädt, dann sind die Themen meiner Ausführungen weitgehend vorgezeichnet: Es sind die Perspektiven der Weltwirtschaft und des Welthandels. Daß die Stellung Hamburgs, Deutschlands und Europas hierbei eine besondere Rolle zu spielen haben, versteht sich wohl von selbst.

Andererseits werden Sie verstehen, daß der Präsident des BDI weder Parteipolitik betreiben noch in eine Landtagswahl eingreifen sollte. Ich bitte, das zu bedenken, und ich werde mich in dieser Richtung ähnlich verhalten wie der Herr Bürgermeister.

Lassen Sie mich bitte zunächst kurz einige Grundtrends der Entwicklung der letzten Jahrzehnte in Erinnerung rufen:

*Erstens:* Die Vereinigten Staaten gingen aus dem Zweiten Weltkrieg als die überragende Wirtschaftsmacht hervor. Sie vereinigten Ende der vierziger Jahre rund 45 Prozent des Bruttonsozialprodukts der Welt auf sich. Dieser Anteil ist heute auf circa 30 Prozent zurückgegangen.

*Zweitens:* Das vom Zweiten Weltkrieg so schwer zerstörte Europa holte in den fünfziger Jahren bis Anfang der siebziger Jahre kräftig auf. Die schrittweise Entstehung eines europäischen Binnenmarktes, der Abbau von Zollschränken und eine liberale Wirtschaftspolitik unter Anführung und nach dem Vorbild der Bundesrepublik ließen Europa wieder erstarken. Noch 1960 erreichte das Bruttoinlandsprodukt der heutigen EG-Staaten zusammen nur 57 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der USA. 1970 waren es 69 Prozent, 1986 sogar 79 Prozent.

*Drittens:* 1973 bis 1982 konnten sich dann die OPEC-Staaten durch Ausübung ihrer Macht aus knappen Ressourcen bis auf einen Anteil am Weltbruttonsozialprodukt von fast 10 Prozent nach vorn schieben. Heute erscheint dieser Vorgang fast als Episode. Der Anteil der OPEC-Staaten ist wieder auf circa 8 Prozent zurückgefallen.

*Viertens:* Unübersehbar gewinnt der Pazifische Raum unter Führung Japans ständig an Bedeutung. Das Schlagwort vom „Pazifischen Jahrhundert“ hat eine sehr reale Basis: die ungeheure Zahl ehrgeiziger, intelligenter und fleißiger Menschen, die sich zunehmend industrielles Know-how aneignen. Im Jahre 2000 wird die Bevölkerung Japans und der ostasiatischen Schwellenländer annähernd so groß sein wie die der EG und der USA zusammen. Seit etwa 1980 übertrifft der Handelsaus tausch über den Pazifik den Handelsstrom über den Atlantik.

Warum habe ich diese vier Grundtrends aufzuzeigen versucht? Ich glaube, wir müssen uns immer wieder darüber im klaren sein, daß sich die Gewichte der Regionen und Staaten laufend verschieben. In der Wirtschaft ist das einzig Beständige die Veränderung. Je mehr wir diese Veränderungen erkennen, uns auf sie einstellen und an ihnen teilnehmen, um so erfolgreicher werden wir sein. Was aber macht ein Land stärker und reicher, und was bremst seine Entwicklung? Nur allzu viele Menschen überschätzen die Bedeutung von Faktoren wie:

- Bodenschätze und andere natürliche Ressourcen
- Bevölkerungszahlen
- regionale Standortvorteile
- klimatische Bedingungen

Natürlich haben auch diese Größen eine erhebliche Bedeutung. Hauptantriebskräfte sind jedoch einerseits die Menschen, ihre Motivation, ihre Ausbildung und ihre Perspektiven, sowie andererseits das Wirtschaftssystem, in dem sie sich entfalten können.

Wie wäre es denn sonst zu verstehen, daß auf die marktwirtschaftlichen Industrieländer zur Zeit etwa 64 Prozent des Weltbruttonsozialproduktes, aber nur 17 Prozent der Weltbevölkerung entfallen? Dagegen vereinigen die Entwicklungsländer nur 22 Prozent des Weltsozialproduktes, jedoch 75 Prozent der Weltbevölkerung auf sich. Für die Staatshandelsländer lauten die entsprechenden Zahlen: 14 Prozent für den Anteil am Bruttonsozialprodukt beziehungsweise 8 Prozent für die Bevölkerung.

Die Überlegenheit marktwirtschaftlicher Wirtschaftssysteme lässt sich überaus anschaulich zum Beispiel im Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR oder Süd- und Nord-Korea erklären. Marktwirtschaftliche Ordnungssysteme sind eine notwendige, aber keineswegs hinreichende Voraussetzung für eine florierende und dynamische Volkswirtschaft.

Hinzu kommen müssen vor allem zwei weitere Elemente:

*Erstens:* Ein funktionierendes Gemeinwesen mit einem Grundkonsens in entscheidenden Fragen der Werteverteilung, einem Staat, dessen legal zustande gekommene Gesetze respektiert werden, einer Sozialordnung, die wirklich Bedürftige schützt, aber den Leistungswillen der Leistungsfähigen nicht lähmt, und schließlich einer tragfähigen Infrastruktur.

**Zweitens:** Notwendig sind aber auch die richtigen politischen und geistigen Signale:

Nur wo Zuversicht und nicht Angst vor der Zukunft, wo Mut zum Wagnis und nicht eine „Vollkasko-Mentalität“ verbreitet werden, werden sich Erfolge einstellen. Politiker, die einen intellektuellen Skeptizismus pflegen, die glauben, daß die Probleme nicht mehr zu bewältigen sind und die Arbeitslosigkeit marktwirtschaftlich nicht gelöst werden kann, gehören besser in den wohlverdienten Ruhestand oder in die literarisch-künstlerische Welt. Sie werden kaum Promotoren für Dynamik und Wachstum sein können.

Doch lassen Sie mich jetzt auf konkrete und aktuelle Probleme unserer Außenwirtschaft und des Welthandels eingehen. Aus der Vielzahl der Themen möchte ich fünf herausgreifen.

**Erstens: Unsere hohe außenwirtschaftliche Verflechtung.**

Bekanntlich wird ein gutes Drittel unseres Bruttonsozialproduktes im Außenwirtschaftsbereich erstellt. Dies bedeutet die Chance, die internationale Arbeitsteilung zur Mehrung unseres Wohlstandes zu nutzen. Es zwingt uns aber zugleich, die grenzüberschreitenden Wirtschaftsbereiche ständig an den harten Maßstäben internationaler Wettbewerbsfähigkeit messen zu lassen.

Politiker vergessen leicht, daß nicht nur Unternehmen, sondern auch politische Entscheidungen im internationalen Wettbewerb stehen. Totalitäre Regime pflegen sich abzuschirmen, um dieser Konsequenz zu entgehen. Sie machen Grenzen dicht und bauen Mauern, weil sie Angst vor dem Wettbewerb der Systeme haben. Wir treten nachdrücklich für ein liberales, freies Weltwirtschaftssystem ein. Aber wir müssen auch erkennen, daß dort, wo es für Kapital, Menschen und Ideen keine starren Grenzen gibt, die Volkswirtschaften wie bei kommunizierenden Röhren miteinander verbunden sind.

In den internationalen Wettbewerb tritt zum Beispiel die deutsche Industrie mit erheblichen Vorbelastungen ein. Uns belasten vor allem: eine im internationalen Vergleich extrem hohe Unternehmensbesteuerung; weit niedrigere effektive Jahresarbeitszeiten als bei unseren Wettbewerbern – beispielsweise liegt die effektive Jahresarbeitszeit in der Bundesrepublik bei 1576 Stunden, in den USA bei 1850 Stunden, in Japan bei 2184 Stunden, das sind über 500 Stunden und ist damit rund ein Drittel mehr als bei uns –, wir sind also Weltmeister im Dolcefarniente; eine Spitzenposition bei den Arbeitskosten, insbesondere bei den Lohnnebenkosten; eine Pionierrolle im Umweltschutz in Europa mit deutlich höheren Kosten für den Umweltschutz sowie eine Eigenkapitalquote, die weit unter internationalen Vergleichsmaßstäben liegt.

Das – und vieles andere – muß durch Produktivität verdient und verkraftet werden. Oft kann ich nur staunen, was man der deutschen Wirtschaft und der deutschen Industrie so alles zutraut! Man könnte ja fast stolz sein auf soviel unbekümmertes Vertrauen in unsere Leistungsfähigkeit, wenn die Gefahr nicht überdeutlich wäre, daß der Bogen überspannt wird und das Wachstum aus der Bundesrepublik auswandert.

**Zweitens: Die Vollendung des EG-Binnenmarktes ist unsere große Chance.**

Aufgrund unserer intensiven wirtschaftlichen Verflechtung mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaft bestimmt der weitere Gang des europäischen Einigungsprozesses in hohem Ausmaß die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Bundesrepublik. Fast 50 Prozent unserer Ausfuhren fließen in die Länder der Gemeinschaft. Die rasche Vollendung des EG-Binnenmarktes ist daher für uns ein Gebot wirtschaftlicher und politischer Vernunft.

Einige wenige Daten machen bereits das Potential dieses Marktes und die in ihm liegenden Wachstums- und Beschäftigungschancen deutlich. Mit dem Beitritt von Portugal und Spanien ist die EG zu einem Markt von 320 Millionen Einwohnern geworden. Zählt man noch die Rest-EFTA hinzu, mit der die EG durch eine Freihandelszone für gewerbliche Waren verbunden ist, so entsteht in Westeuropa mit einer Bevölkerung von 350 Millionen der größte regionale Wirtschaftsblock der hochindustrialisierten Welt. Das sind über 100 Millionen Einwohner mehr als in den USA und 230 Millionen Einwohner mehr als in Japan. Die Gemeinschaft erwirtschaftete

1986 ein Bruttoinlandsprodukt von rund 3,3 Billionen US-Dollar, in den USA waren es etwas mehr, nämlich 4,2 Billionen US-Dollar, und in Japan 2 Billionen US-Dollar. Noch aber ist dieses Marktpotential nicht durch einen einheitlichen Binnenmarkt voll erschlossen, noch ist kein einheitlicher Wirtschaftsraum entstanden. Wer mit dem Auto von Köln nach Antwerpen fährt und in seinem Auto telefonieren will, der braucht auch heute noch drei verschiedene Telefone, um alle Möglichkeiten wahrnehmen zu können. Allzu häufig hat die EG in der Vergangenheit ihre Kräfte auf Randgebiete der Politik verschwendet, anstatt sie auf diese zentrale Aufgabe, die Schaffung des Binnenmarktes, zu konzentrieren, die in der Tat sehr viel Durchsetzungswillen erfordert. Eine Vollendung des Binnenmarktes bei Waren und Dienstleistungen ist untrennbar verbunden mit einer Liberalisierung auch des Kapitalverkehrs. Es ist zu begrüßen, daß die Wirtschafts- und Finanzminister der EG-Staaten die ersten Schritte des Zweistufenplans der Kommission zur endgültigen Liberalisierung des gesamten Kapitalverkehrs im November 1986 beschlossen haben.

**Drittens: Die Freiheit des Welthandels muß erhalten und gestärkt werden.**

Die befreiende Wirkung eines echten, funktionierenden europäischen Binnenmarktes wäre sicher zu teuer erkauft, wenn sie mit der verstärkten Abschottung der EG nach außen verbunden wäre. Wo es solche Vorstellungen gibt, muß die Bundesregierung ihnen entgegentreten. Es bleibt die ständige Aufgabe von Bundesregierung und Wirtschaft, auf ein liberales außenwirtschaftliches Konzept der EG hinzuwirken, ausgerichtet auf das Prinzip des freien Welthandels, dem sich alle Mitgliedstaaten verpflichtet haben. Der in Artikel 110 des EWG-Vertrages enthaltene Auftrag der Gemeinschaft, im gemeinsamen Interesse zur harmonischen Entwicklung des Welthandels und zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr beizutragen, bleibt unverändert bestehen. Die deutsche Wirtschaft braucht den dynamischen, freien europäischen Binnenmarkt. Sie braucht aber ebenso den Weltmarkt.

Zentraler Ordnungsrahmen des Welthandels ist und bleibt das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT. Dieses zu stärken, muß nicht zuletzt im Interesse der großen Welthandelsmächte liegen, allen voran der EG. Das bedeutet zunächst, in gemeinsamen Anstrengungen die lange Liste der GATT-Verstöße abzubauen. Mißachtungen und Umgehungen haben seit Abschluß der Tokio-Runde des GATT Ende der siebziger Jahre auf dramatische Weise zugenommen. Diese besorgniserregende Entwicklung durch eine Revitalisierung und Stärkung der GATT-Grundsätze zu korrigieren und das Abkommen weiter auszubauen, müssen die Aufgaben der neuen GATT-Runde sein.

Sicherlich wird die neue GATT-Runde, die in Punta del Este beschlossen wurde, nicht die Idealvorstellung eines von Eingriffen völlig freien internationalen Handels herbeiführen können. Aber ein Erfolg würde schon darin liegen, wenn durch diese Verhandlungen das Bewußtsein für die Notwenigkeit zuverlässiger internationaler Handelsregeln wieder geschärft und die Disziplin zur Einhaltung dieser Regeln gestärkt wurde. Dabei liegt der Sinn der Regeln vor allem darin, daß sie für alle Beteiligten in gleicher Weise Geltung haben, so daß auch die Interessen kleinerer Partnerländer beachtet und geschützt werden. Voraussetzung für Fortschritte und konsensfähige Zwischenergebnisse ist jedoch die Bereitschaft der wichtigsten Welthandelspartner, der EG, Japans und der USA, während der Verhandlungen auf neue Eingriffe in den Welthandel zu verzichten. Hier hat es in den letzten Monaten wiederholt ernste Rückschläge gegeben. Der zu Beginn dieses Jahres lautstark ausgetragene Konflikt zwischen den beiden größten Welthandelspartnern, den USA und der EG, über die handelspolitischen Konsequenzen der EG-Erweiterung hat die „Koalition der Vernunft“ im GATT zwar nicht ernsthaft gefährden können. Drohungen und Gegendrohungen, ausgelöst von den USA, die nach der EG-Erweiterung für den Verlust ihrer Agrarmärkte in Spanien und Portugal einen Ausgleich verlangten, waren dennoch eine große Belastung. Mit Sorge sah die deutsche Industrie das Übergreifen des Agrarkonfliktes auf den Bereich der Industriegüter-Exporte. Hiervor hatte die deutsche Industrie bei der Eskalation der europäischamerikanischen Auseinandersetzungen zur Agrarpolitik wiederholt gewarnt. Wenn auch in letzter Minute ein Kompromiß gefunden wurde, so ist doch deutlich geworden, welche akuten

Gefahren gerade die Agrarpolitik für das multilaterale Welthandelssystem birgt. Im Rahmen des GATT muß nun in aller Offenheit über notwendige grundlegende Reformen der Agrarsysteme auf beiden Seiten, des Atlantiks und des Pazifiks, gesprochen werden, sonst sind weitere Belastungen des Welthandels und der Uruguay-Runde unvermeidlich. In den letzten Wochen ist es zu einer Verschärfung des seit Jahren schwelenden Handelsstreits zwischen den USA und Japan gekommen. Im Mittelpunkt steht diesmal das im vergangenen Jahr vereinbarte bilaterale Halbleiterabkommen, das darauf zielt, durch Mengen- und Preisabsprachen die aus amerikanischer Sicht nicht wettbewerbskonformen Exportstrategien japanischer Unternehmen dieser Branche zu unterbinden.

Eine besonders aktuelle und gefährliche Bedrohung des Welthandels ist das neue US-Handelsgesetz, das bisher allerdings nur vom Repräsentantenhaus verabschiedet wurde. Die angedrohte Bestrafung von Überschüßländern stellt einen gefährlichen Rückfall in weiteren Bilateralismus dar. Die deutsche Industrie unterstützt deshalb nachhaltig die Bemühungen des amerikanischen Präsidenten und seiner Administration – das müssen wir nämlich auch positiv sehen, es ist nicht der amerikanische Präsident –, den Abgeordneten die schädlichen Konsequenzen protektionistischer Klauseln vor Augen zu führen. Selbstverständlich bedeutet Freihandel auch, daß wir unseren Markt für die Produkte der aufstrebenden Schwellenländer offenhalten müssen. Ich unterschätze die hieraus entstehenden Probleme nicht. Die Zahl der fleißigen, kostengünstigen und lernbereiten Konkurrenten nimmt weltweit sehr rasch zu. Der Anteil der Schwellenländer Ostasiens am Weltexport ist zwar nach wie vor insgesamt gering. In einzelnen Sektoren ergibt sich jedoch ein völlig anderes Bild. Bei Oberbekleidung, Spielzeug und Kinderwaren, Radios, Dioden und Elektroden nehmen die ostasiatischen Schwellenländer Spitzenstellungen im Weltexport ein. Sie erzielen damit erhebliche Konkurrenzwirkungen, die die betroffenen Branchen in den hochindustrialisierten Ländern in Schwierigkeiten gebracht haben und zum Teil noch weiter bringen. Solange keine nachweisbaren Wettbewerbsverstöße vorliegen, können und dürfen sich die Industrieländer gegen diese Konkurrenten jedoch nicht abschirmen. Denn weitaus größer als diese Belastungen sind die Vorteile, die wir alle aus der internationalen Arbeitsteilung ziehen. Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß die Schwellenländer-Märkte Ostasiens Wachstumsmärkte sind, die auf längere Sicht interessante Exportchancen für uns bieten.

#### **Viertens: Handelspolitische Spannungen und Wechselkurse.**

Die extrem hohen Handels- und Leistungsbilanzdefizite der USA führen zu massiven Ungleichgewichten im Welthandel, insbesondere im Dreieck USA – EG – Japan. Die Vereinigten Staaten verlangen zunehmend von der Bundesrepublik und von Japan wachstumsstimulierende Maßnahmen der Wirtschafts- und der Finanzpolitik. Wenn hiermit staatliche Ausgabenprogramme zur Verstärkung der Nachfrage verstanden werden, so wird ein solches Deficit-spendig vom BDI strikt abgelehnt. Eine Politik, die Wachstumsimpulse durch Öffnung regulierter Märkte für den Wettbewerb, durch mehr Flexibilität zum Beispiel am Arbeitsmarkt und durch eine Verbesserung der Kosten und der Angebotsbedingungen zum Ziel hat, ist aber eindeutig auch in unserem Interesse.

Wenn wir 1986 im Warenhandel mit dem Ausland einen neuen Rekordüberschuß in Höhe von 112 Milliarden DM erreicht haben, so darf nicht übersehen werden, daß der Außenhandelsüberschuß in „real terms“, also in Volumen gerechnet, schon im letzten Jahr rückläufig war. Die Inlandsnachfrage in der Bundesrepublik expandiert schon seit geraumer Zeit stärker als das Sozialprodukt, was bedeutet, daß wir positive konjunkturelle Impulse an das Ausland geben. Wachsender Protektionismus in den USA oder eine massive Abwertung des Dollars sind zwei denkbare Alternativen zur Korrektur von Ungleichgewichten der Handels- und Dienstleistungsbilanzen. Vor die Wahl gestellt, halte ich – so schmerzlich dies auch für die exportierende Wirtschaft sein mag – eine Aufwertung der D-Mark für die bessere Lösung, für das kleinere Übel; denn Wechselkursschwankungen korrigieren sich wieder, wie sich zeitweilig überzogene Arbeitskosten auch wieder korrigieren können. Dagegen sind einmal erlassene protektionistische Gesetze, ähnlich wie Steuergesetze, nicht wieder aus der Welt zu schaffen. Sie haben ein sehr, sehr zähes Leben.

## **Fünftens: Verschuldungsprobleme und Rohstoffpreise.**

Im Gegensatz zu den asiatischen Schwellenländern mit weit überdurchschnittlichen Wachstumsraten steht die kritische wirtschaftliche Lage in Entwicklungsregionen wie Lateinamerika und Afrika. Wirtschaftliche Monostrukturen, Verfall der Rohstoffpreise, hohe Außenverschuldung und wirtschaftspolitische Fehlleistungen führten viele Länder an den Rand des Ruins. Insbesondere einige Länder Lateinamerikas sind – das wissen wir alle – hoch verschuldet.

Viele wohlmeinende Ratgeber verlangen einen drastischen Förderungsverzicht der Gläubiger zur Sanierung der Schuldnerländer. Eine intensive Mitwirkung und Mitverantwortung aller Gläubiger ist zweifellos erforderlich, aber die Kreditwürdigkeit der Schuldner wird letztlich nur durch eine verantwortungsbewußte Finanz- und Wirtschaftspolitik der Schuldnerländer selbst wiederhergestellt. Wer über seine Verhältnisse lebt, wird durch Schuldenerlasse sein Verhalten kaum ändern. Es geht nicht darum, die Schuldnerländer schuldenfrei zu machen, sondern darum, die Schuldnerländer zu guten Schuldern zu machen. Die Wiederherstellung der internationalen Kreditwürdigkeit muß mühsam erarbeitet werden, zum Beispiel durch staatliche und private Ausgabendisziplin, durch Verbesserung der Produktivität und Leistungsfähigkeit im Lande selbst, durch Anreize zur Repatriierung von Fluchtkapital.

Aber die Gläubigerländer müssen ihrerseits dafür sorgen, daß sich solche Anstrengungen der Schuldner lohnen. Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß Regierungen in demokratisch regierten Ländern es nicht leicht haben, ihren Völkern erhebliche Opfer abzuverlangen. Privatschuldner und souveräne Staaten als Schuldner sind in vielen Punkten nicht miteinander zu vergleichen. Die Gläubigerländer müssen ihre Märkte für Erzeugnisse der Schuldnerländer offenhalten beziehungsweise öffnen. Ob eine Umwandlung von Zinsforderungen in zusätzliche Kredite notwendig ist, um Durststrecken zu überwinden, ist im Einzelfall zu entscheiden. Schuldenerlaß kann nur die Ausnahme sein bei den ärmsten Entwicklungsländern, bei denen ein anderer Weg nicht mehr möglich erscheint.

Neben der Verschuldung ist der Verfall der Rohstoffpreise für die wirtschaftliche Krise mancher Entwicklungsländer verantwortlich. Die internationalen Rohstoffabkommen haben zu dieser Misere eher beigetragen, als daß sie sie abgewendet hätten. Spätestens seit dem Scheitern des Zinn-Abkommens ist klargeworden, daß internationale Rohstoffabkommen nicht das halten, was sich viele Entwicklungsstrategen von ihnen versprochen haben. Die künstlich hochgehaltenen Preise verstärken den Anreiz für die Verbraucherländer, die Rohstoffe zu substituieren und die Recyclingmöglichkeiten zu erweitern. Auch die Entwicklungsländer stehen daher den Rohstoffabkommen inzwischen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Es hat auch gerade in unserem Lande sehr viele Kräfte gegeben, die meinten, wir beuteten die Entwicklungsländer durch unsere Bezüge an Rohstoffen aus. Nun, wenn wir weniger beziehen, wird das Problem offensichtlich größer. Die Fehlentwicklung auf den europäischen Agrarmärkten wirkt auch für die Entwicklungsländer als zusätzliche Warnung. Dies erklärt letztlich die Bereitschaft der in der Gruppe der 77 zusammengeschlossenen Entwicklungsländer, die Bedingungen ihrer zukünftigen Entwicklung mit realistischerem Maß zu messen und in einen weniger ideologisierten Dialog mit den Industriestaaten einzutreten.

Das jahrelange Festhalten am ideologisch untermauerten Sozialneids- und Umverteilungsprinzip hat viele in der UNCTAD auftretende Entwicklungsländer abgehalten, eine auf die eigene Kraft aufbauende Entwicklungsstrategie zu verfolgen und die eigene binnenwirtschaftliche Ordnung auf Effizienz und Leistungsvermögen hin zu überprüfen. Inzwischen hat sich jedoch die Strategie des Wartens auf die große Umverteilung als Illusion erwiesen. Der Ton, in dem Nord und Süd heute miteinander verkehren, ist maßvoller und kooperativer geworden.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich hoffe, ich habe mit meinem Versuch, einige wenige, aber wichtige außenwirtschaftliche Probleme und Tendenzen zu skizzieren, Ihre Geduld nicht allzu sehr strapaziert. Denn die Zeit ist ja schon weit fortgeschritten, und nach einem sehr guten Abendessen – wie heute – ist man ja nicht mehr beliebig aufnahmefähig.

Es kam mir darauf an, deutlich zu machen, daß Außenwirtschaft und Außenwirtschaftspolitik entscheidenden Einfluß auf alle Bereiche der Politik haben. Isolierte nationale Lösungswege sind heute in keinem Politikbereich mehr möglich, weder in der Umwelt- noch in der Energiepolitik und schon gar nicht in der Steuerpolitik. Wer es dennoch versucht, wird meist sehr rasch und oft sehr unsanft an die existentielle Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft von Entwicklungen jenseits unserer Grenzen erinnert. Nur bei Erhaltung und Sicherung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit wird es möglich sein, das erreichte Wohlstands- und Sozialniveau im Inland zu halten und zugleich unseren Verpflichtungen gegenüber den Ländern der Dritten Welt gerecht zu werden.

Lassen Sie mich abschließend die Frage stellen, was unseren Außenhandel in den kommenden Jahren vor allem prägen wird. Ich glaube, der internationale Wettbewerb wird sich weiter wesentlich verschärfen, und regionale Wirtschaftsblöcke werden an Bedeutung noch gewinnen. Diese Wirtschaftsblöcke erinnern mich manchmal an Alfred Wegeners geologische Theorie der „Kontinentschollen“. Nordamerika und Europa sind Protagonisten dieser Entwicklung. Der Trend zu größeren regionalen Wirtschaftsblöcken darf uns aber nicht dazu verführen, zu vergessen, daß für die deutsche Industrie und den deutschen Export immer die ganze Welt unser Feld war und ist und bleiben muß.

Wir sind gut beraten, wenn wir Verschiebungen der Gewichte der Weltregionen zur Kenntnis nehmen und insbesondere unsere Position im pazifisch-asiatischen Raum, in dem wir heute deutlich unterrepräsentiert sind, verstärken. Die Bundesrepublik und Europa dürfen sich nicht von den dynamischen Zukunftsmärkten ausschließen und in eine Randlage abdrängen lassen. Das gilt ebenso für Länder wie für Städte. Die eigentlichen „Helden“ des deutschen Exportes sind aber die Menschen, die bereit sind, in ferne Länder zu gehen, die sich mit den Problemen ihrer Kunden und des Marktes intensiv auseinandersetzen, die ihre Kunden als Freunde gewinnen und ihnen dienen wollen. Solange es solche Menschen gibt, werden wir unsere Position als führende Exportnation behaupten können. Die Berichte solcher Menschen, ihrer Mühsal und ihrer Erfolge, gehören in die Hände jedes jungen Außenhandelskaufmannes, so wie sich ganze Generationen junger Landtechniker an dem Buch von Max Eyth „Hinter Pflug und Schraubstock“ begeistert haben.

Und schließlich: Wir brauchen den Mut zur Zukunft – ganz besonders hier im Norden, hier in Hamburg. Eine Stadt und ihre Menschen brauchen eine Perspektive. Hamburg muß wieder zum Zentrum und Schrittmacher des Nordens werden.

Es besteht kein Grund zu Defätismus. Der Norden hat erhebliche Strukturprobleme. Sie zu bewältigen, erfordert Zeit und Kraft, aber vor allem den Führungswillen und die Führungsfähigkeit der Politik. Ich hoffe, wir nutzen unsere Chance für einen neuen Aufbruch.

Vielen Dank.

